

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Schneck

Verwaltung

Herr Nürnberger

Frau Krutwage

Frau Aron

Herr Dr. Schmid

Frau Gäbel

Frau Vogel

Herr Wörmann

Herr Palma

Herr Gooklani

Herr Hiltawsky

Erster Beigeordneter, Dezernat 5

Amt für Soziale Leistungen -Sozialamt-

Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
(bis

Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention
(Online zu TOP 8 und 9)

Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention
(zu TOP 10)

Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention
Stab Dezernat 5

Amt für Soziale Leistungen -Sozialamt- (zu TOP 11)

Amt für Soziale Leistungen -Sozialamt-

Schriftführung

Frau Knoke

Frau Trittin

Bethel.regional (zu TOP 11)

Bethel.regional (zu TOP 11)

Schriftführung

Frau Mülöt

Amt für Soziale Leistungen -Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt die Anwesenden zur 7. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zunächst führt Vorsitzende Frau Gorsler den sachkundigen Bürger Herrn Melchior Fluhme in die Arbeit des Sozial- und Gesundheitsausschusses ein und verpflichtet ihn nach der folgenden Formel:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Herr Fluhme bestätigt die Verpflichtung und unterzeichnet die Verpflichtungserklärung.

Unter Hinweis auf die Tischvorlagen schlägt Vorsitzende Frau Gorsler die Erweiterung der Tagesordnung um eine Mitteilung zum „Hitzeaktionsplan“, die fristgerecht eingegangenen Anfragen der Ratsfraktionen Die Linke und der CDU und den Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu TOP 7.1 vor.

Herr Weber beantragt für die CDU-Fraktion, die Beschlussvorlage zum Thema „Pflegebedarfsplanung“ (TOP 8, Drs. 1542/2020-2025) in 1. Lesung zu beraten, da seine Fraktion noch Abstimmungsbedarf habe und offene Fragen geklärt werden müssten. Beigeordneter Herr Nürnberger weist darauf hin, dass die Beschlussfassung dann erst in der nächsten ordentlichen Sitzung des SGA im September erfolgen könne. Die CDU-Fraktion bleibt dennoch bei dem Antrag auf 1. Lesung.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

- **Die Tagesordnung wird wie folgt erweitert:**
 - TOP 3.7: Mitteilung zum „Hitzeaktionsplan“
 - TOP 4.1: Anfrage der Ratsfraktion Die Linke (Drs. 1841/2020-2025)
 - TOP 4.2: Anfrage der CDU-Ratsfraktion (Drs. 1852/2020-2025)
 - TOP 4.3: Anfrage der CDU-Ratsfraktion (Drs. 1853/2020-2025)
 - TOP 4.4: Anfrage der CDU-Ratsfraktion (Drs. 1854/2020-2025)
 - TOP 4.5: Anfrage der CDU-Ratsfraktion (Drs. 1855/2020-2025)
 - TOP 7.1.1: Änderungsantrag der FDP-Ratsfraktion (Drs. 1899/2020-2025).
- Die Beschlussvorlage zu TOP 8 „Verbindliche Bedarfsplanung (...) Pflegeplätze 2021 bis 2023“, (Drucks.-Nr. 1542/2020-2025) wird in 1. Lesung beraten.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die 05. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (gemeinsame Sondersitzung mit JHA, SchA und HWBA am 05.05.2021)

Beschluss:

Die Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung von SGA (05. Sitzung), JHA, SchA und HWBA am 15.05.2021 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 06. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 11.05.2021

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 06. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 11.05.2021 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 3

Mitteilungen

Zu Punkt 3.1

Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes und zu Ausgleichszahlungen für geduldete Personen

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 3.2

Projekt BiSi - aktueller Sachstand

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 3.3 **Unterstützung ehrenamtlicher Aktivitäten zur Bewältigung der Folgen der Corona-Krise in NRW**

Frau Krutwage berichtet, dass diese Mitteilung nicht rechtzeitig zu dieser Sitzung habe fertiggestellt werden können. Die Mitteilung werde daher kurzfristig in das Gremieninfosystem eingestellt, per Mail an die Ausschussmitglieder versendet und nachrichtlich zum Protokoll genommen (Anlage 1).

*Anmerkung der Schriftführung:
Die Mitteilung wurde am 22.06.2021 eingestellt und per Mail versandt.*

-.-.-

Zu Punkt 3.4 **Kommunales Integrationsmanagement - aktueller Sachstand**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.5 **Wohnungsmarktbarometer 2021**

Frau Krutwage berichtet, dass das Wohnungsmarktbarometer 2021 nach Aussage des Bauamtes nicht rechtzeitig zu dieser Sitzung habe fertiggestellt werden können. Die Mitteilung werde daher kurzfristig in das Gremieninfosystem eingestellt, per Mail an die Ausschussmitglieder versendet und nachrichtlich zum Protokoll genommen (Anlage 2).

*Anmerkung der Schriftführung:
Die Mitteilung wurde am 22.06.2021 eingestellt und per Mail versandt.*

-.-.-

Zu Punkt 3.6 **Prüfauftrag zum Konzept "Sonne, Mond und Sterne" der Stadt Essen (Antrag der CDU-Fraktion vom 30.04.2021, Vorlage 1458/2020-2025, SGA-Sitzung 11.05.2021)**

Herr Copertino bittet die Verwaltung um einen regelmäßigen Sachstandsbericht.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.7 **Hitzeaktionsplan**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis (Anlage 3).

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anfragen**

Zu Punkt 4.1 **Neue Referenzmieten seit Januar 2021 (Anfrage der Ratsfraktion Die Linke vom 08.06.2021)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1841/2020-2025

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.2 **Angehörigentlastungsgesetz (Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.06.2021)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1852/2020-2025

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.3 **Einarbeitung neuer Mitarbeiter*innen (Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.06.2021)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1853/2020-2025

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.4 **Konzept Impfangebot für Kinder und Jugendliche (Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.06.2021)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1854/2020-2025

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.5 **Impfquoten in den Priorisierungsgruppen (Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.06.2021)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1855/2020-2025

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 5

Anträge

Zu Punkt 5.1

Psychologische Beratungsstellen (Antrag der CDU-Fraktion vom 07.06.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1806/2020-2025

Frau Dr. Bauer erläutert den Antrag der CDU-Fraktion.

Herr Gugat erklärt, er stimme dem Antrag zu, frage sich aber, ob genügend Fachkräfte zur Verfügung stünden.

Herr Kollmeier signalisiert die Unterstützung der SPD-Fraktion. Er fragt nach, ob die CDU-Fraktion ihren Antrag aufrechterhalte, obwohl die Forderungen seines Erachtens durch die Ergebnisse des Corona-Aktionsplans abgedeckt seien.

Herr Weber erklärt ausdrücklich, dass seine Fraktion den Antrag aufrechterhalte. Zur Frage von Herrn Gugat berichtet er, dass die Kommunale Gesundheitskonferenz mehrfach betont habe, dass man auf ausreichend Fachkräfte zurückgreifen könne.

Herr Sander sagt seine Unterstützung des Antrags zu. Der Hilfe- und Beratungsbedarf sei durch den Aktionsplan noch nicht gedeckt. Bezogen auf die Anmerkung von Herrn Gugat weist er darauf hin, dass psychologische Beratungen nicht nur von Psychotherapeut*innen durchgeführt werden könnten, sondern auch von anderen entsprechend ausgebildeten Berufsgruppen. Diese könnten bei akutem Bedarf Beratungen anbieten, um den Betroffenen alternative Wege der Hilfe aufzuzeigen.

Herr Kollmeier ergänzt, über eine psychotherapeutische Beratung hinaus müssten gerade für junge Menschen in schwierigen Lebenssituationen Angebote geschaffen werden, um psychotherapeutischen Bedarf gar nicht erst entstehen zu lassen.

Sodann bittet Vorsitzende Frau Gorsler um Abstimmung über den Antrag.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob seit Beginn der Corona-Pandemie der Beratungsbedarf in psychologischen Beratungsstellen sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für Erwachsene gestiegen ist. Falls es zu einer Bedarfssteigerung gekommen ist, sollte festgestellt werden, ob die Beratungsstellen personell ausreichend ausgestattet sind. Ist dies nicht der Fall, soll durch die Verwaltung der zusätzliche Bedarf in personeller und finanzieller Hinsicht benannt werden.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6

Beschluss der Bielefelder Nachhaltigkeitsstrategie (2. Lesung)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0940/2020-2025

Herr Copertino kündigt an, dass sich die CDU-Fraktion bei der Abstimmung enthalten werde, da ein Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion zur Ratssitzung vorbereitet werde.

Frau Beier begrüßt die Nachhaltigkeitsstrategie im Namen der Fraktion Die Linke ausdrücklich. Sie merkt positiv an, dass es sich um ein lebendiges Dokument handele, in dem Zielwerte dem Bedarf angepasst werden könnten.

Herr Hood spricht allen Beteiligten seinen Dank aus. Viele verschiedene Menschen hätten an der Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie mitgewirkt und sich auf Zielmatrizen geeinigt. Nun müsse die Strategie von Politik und Verwaltung gemeinsam umgesetzt, die einzelnen Maßnahmen konkretisiert und mit finanziellen Mitteln hinterlegt werden.

Herr Kollmeier erklärt, die Nachhaltigkeitsstrategie sei die richtige Antwort auf aktuelle Fragen. Als dynamisches Papier sei sie ein gutes Fundament, um eine Nachhaltigkeitsstrategie in Bielefeld auf den Weg zu bringen. Er dankt allen Beteiligten für die geleistete Arbeit und signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion.

Frau Wahl-Schwentker bestätigt die Wichtigkeit einer Nachhaltigkeitsstrategie für die Stadt Bielefeld. Das hier vorliegende Papier müsse jedoch ihrer Meinung nach in vielen Bereichen verbessert und verändert werden. Die FDP-Fraktion könne daher die Nachhaltigkeitsstrategie in dieser Form nicht akzeptieren und werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Herr Gugat weist darauf hin, dass die Nachhaltigkeitsstrategie nach der SMART-Methode (Ziele werden spezifisch, messbar, attraktiv, realistisch, terminiert definiert) entwickelt worden sei mit strategischer Ausrichtung und klar definierten operativen Zielen. Er betont, dass die sehr heterogen besetzte Steuerungsgruppe das Gesamtkonzept mitgetragen habe.

Herr Sander erklärt, dass die AfD-Ratsgruppe maximal 80% der Forderungen der Nachhaltigkeitsstrategie begrüße. Den übrigen Teil der Forderungen könne die AfD nicht mittragen und werde daher der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Vorsitzende Frau Gorsler bittet nun um Abstimmung über den Beschlussvorschlag.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Sozial- u. Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen:

- 1. Der Rat nimmt die von der Steuerungsgruppe Global Nachhaltige Kommune (GNK) einstimmig empfohlenen Ziele und**

- Umsetzungsmaßnahmen der Bielefelder Nachhaltigkeitsstrategie zustimmend zur Kenntnis (siehe Anlage NH Strategie).**
2. **Der Rat beschließt, den über das GNK-Projekt initiierten Nachhaltigkeitsprozess zu verstetigen und beauftragt die Verwaltung, die nächsten Verfahrensschritte umzusetzen. Dies sind Umsetzung und Monitoring (s. 2.5) sowie Evaluation und Fortschreibung (s. 2.6). Der Rat wird über weitere Ergebnisse informiert.**

- bei fünf Enthaltungen und zwei Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 7

Corona-Pandemie - aktueller Sachstand

Beigeordneter Herr Nürnberger berichtet, dass der Inzidenzwert in Bielefeld voraussichtlich am kommenden Tag erstmals nach vielen Monaten wieder einstellig sein werde. Die Lage in Bielefeld habe sich in den letzten Wochen deutlich verbessert. In den letzten Krisenstabssitzungen habe man ausführlich über das Thema Maskenpflicht beraten. Der Krisenstab habe sich dazu entschlossen, zum Ende dieser Woche die Maskenpflicht in der Innenstadt außerhalb geschlossener Räume auslaufen zu lassen. Grund dafür sei neben den niedrigen Inzidenzen die Tatsache, dass die Infektionsgefahr in den Außenbereichen sehr gering sei. Er sei sich bewusst, dass diese Entscheidung nicht nur Zustimmung hervorrufen werde. Dennoch sei eine Aufrechterhaltung der Maskenpflicht unter den genannten Voraussetzungen unangemessen und rechtlich angreifbar. Er persönlich halte das Tragen einer Maske weiterhin für sinnvoll überall dort, wo Menschen eng zusammenkämen. Geplant sei, kurzfristig eine Aufklärungskampagne zu starten und die Menschen dafür zu sensibilisieren, weiterhin gegenseitig Rücksicht zu nehmen, da die Corona-Pandemie noch nicht vorbei sei.

Bezüglich der Vorfälle in öffentlichen Parks und auf öffentlichen Plätzen (z.B. Müll, Lärm) erklärt Beigeordneter Herr Nürnberger, dass er den Menschen die wiedergewonnene Freiheit gönne, solange sie sich an die geltenden Regeln hielten. Diese beträfen die Einhaltung der Masken- und Abstandsregeln genauso wie die Vermeidung von Müll und Lärm. Mit Unterstützung von Polizei und Umweltbetrieb werde die Verwaltung zukünftig versuchen, die Einhaltung der Regeln zu kontrollieren und umzusetzen.

Zum Thema Impfen berichtet Beigeordneter Herr Nürnberger, dass aufgrund der geringen Impfmengen weiterhin vor allem Zweitimpfungen durchgeführt würden. Auch den Betriebsärztinnen und Betriebsärzten stünde zu wenig Impfstoff zur Verfügung. Die Stadt habe den Kontakt mit der Handwerkskammer und der IHK aufgenommen, um diese dabei zu unterstützen, auch kleineren Betrieben einen Zugang zu betrieblichen Impfungen zu ermöglichen.

Frau Krutwage berichtet ergänzend, dass auch die Quartiersimpfungen weiter voranschreiten würden. Im Oberlohmanshof und in Baumheide habe man drei Termine angeboten. Aktuell würden zwei Impfstraßen für die Hufeisensiedlung in Sieker und Teile der Elpke vorbereitet. Außerdem sei die Verwaltung dabei, ein Netzwerk aller in den Quartieren tätigen

Akteure aufzubauen, um die Menschen persönlich anzusprechen und Informationen breit streuen zu können. Impfungen wohnungsloser Menschen erfolgten vornehmlich in der KAVA, da dies eine dieser Personengruppen vertraute Anlaufstelle sei. Auch in den Unterkünften des Landes fanden inzwischen Impfungen statt.

Herr Weber hält die Aufhebung der Maskenpflicht zum jetzigen Zeitpunkt für verfehlt. Die Verwaltung setze damit ein falsches Signal.

Herr Gugat schließt sich dieser Meinung an. Zum Thema Impfen fragt er, wie die Gruppe der Menschen ohne Hausärztin/-arzt einen Impftermin bekommen könnten. Beigeordneter Herr Nürnberger sieht für diese Menschen die Quartiersimpfungen als eine Lösung. Sobald wieder mehr Impfstoff zur Verfügung stehe, sei eine Impfung im Impfzentrum eine weitere Alternative.

Frau Wahl-Schwentker erklärt, die FDP halte die Maskenpflicht bei diesen niedrigen Inzidenzen für unverhältnismäßig. Man sei an Recht und Gesetz gebunden und dürfe daher nicht einfach in das Grundrecht der Menschen eingreifen. Die Menschen hätten das Recht auf einen Aufenthalt im Freien ohne Masken. Insofern widerspreche sie ausdrücklich der Meinung von Herrn Weber und unterstütze die Aufhebung der Maskenpflicht.

Herr Sander ergänzt, abgesehen von der rechtlichen Situation sei es aus wissenschaftlicher Sicht sehr unwahrscheinlich, sich an der frischen Luft über Aerosole zu infizieren. Der Argumentation, dass eine Maske auch gegen andere Viren schütze, könne er nicht folgen, da diese harmlosen Krankheitserreger das Immunsystem der Menschen trainierten. Die Situation in den Parks sei angesichts des monatelangen Lockdowns soziologisch zu erwarten gewesen und werde sich von selbst wieder beruhigen.

Zur Frage der Maskenpflicht erklärt Herr Hood, dass er pauschale Entscheidungen für unangebracht halte. Insbesondere die Kinder und Jugendlichen müsse man im Blick behalten und entsprechend Prioritäten setzen. Insgesamt wünsche er sich mehr Gelassenheit bei Entscheidungen. Herr Hood fragt, ob es Pläne für die Impfung von Studierenden gebe. Beigeordneter Herr Nürnberger antwortet, dass die Impfung von Jugendlichen und Studierenden im Impfzentrum vorstellbar sei.

Herr Copertino warnt, man dürfe trotz sinkender Zahlen nicht sorglos werden. Er halte die Entscheidung der Verwaltung für nachvollziehbar. Er schlage vor, im Rahmen der geplanten Aufklärungskampagne eine dringende Empfehlung zum Tragen von medizinischen Masken auszusprechen. Er fragt, ob es Pläne gäbe, das Impfzentrum über den Monat September hinaus bestehen zu lassen. Zu dieser Frage erklärt Beigeordneter Herr Nürnberger, dass es bis jetzt an einer klaren Aussage seitens des Bundes fehle, wie es ab dem 01.10.2021 weitergehen werde. Davon abgesehen befinde sich das Impfzentrum Bielefeld in einer Ausstellungshalle. Betreibe man das Impfzentrum an der dortigen Stelle weiter, kollidiere dies unter Umständen mit bereits gebuchten Veranstaltungen. Die Ausstellungshalle dürfe nicht zu lange vom Markt weg sein. Perspektivisch solle die Halle deshalb wieder als Messehalle genutzt werden.

Frau Rammert weist darauf hin, dass es in Thüringen seit heute Impfter-

mine für Familien mit Kindern ab zwölf Jahren gebe. Zur Frage der Maskenpflicht wünsche sie sich einen solidarischen Appell zum Tragen einer Maske.

Herr Holler-Göller schlägt vor, dauerhaft kleine Impfzentren ortsnah als Angebot zu installieren.

Abschließend betont Beigeordneter Herr Nürnberger noch einmal, dass die Rücknahme der Maskenpflicht im Freien eine umstrittene Entscheidung sei. Die Pflicht zum Tragen einer Maske sei rechtlich gesehen eine Einschränkung, die nur dann angeordnet werden dürfe, wenn ihr Nutzen verhältnismäßig sei. Der Krisenstab habe sich die Entscheidung nicht leichtgemacht. Letztendlich sei angesichts der sinkenden Inzidenzen und dem gleichzeitigen Wissen, dass Menschen sich draußen bei gutem Wetter in Bewegung schwer infizieren könnten, eine andere Entscheidung nicht vertretbar gewesen.

-.-.-

Zu Punkt 7.1

Bereitstellung von Mitteln für die weitere Verlängerung überplanmäßiger Personaleinsätze

Beratungsgrundlagen:

Drucksache: 1635/2020-2025

Drucksache: 1899/2020-2025 (Änderungsantrag der FDP,
vgl. TOP 7.1.1)

Frau Wahl-Schwentker begründet zunächst den Änderungsantrag der FDP zur Beschlussvorlage. Sie könne die Sorge der Verwaltung nachvollziehen, dass im Falle erneut steigender Infektionszahlen unverzüglich ausreichend Personal zur Verfügung stehen müsse. Dennoch seien 70 vollzeitäquivalente „Containment-Scouts“ angesichts immer mehr geimpfter Bürger*innen, sinkender Inzidenzen und des Einsatzes einer verbesserten IT durch das Programm SORMAS zu viel Personal. Diese Mitarbeiter*innen würden ohne Beschäftigung sein und dafür dürften keine kommunalen Gelder eingesetzt werden.

Beigeordneter Herr Nürnberger betont, dass es zunächst darum gehe, diese 70 Stellen zur Verfügung zu haben. Dem Ältestenrat gegenüber habe er bereits dargestellt und zugesichert, dass der Personalbedarf ständig überprüft werde. Das sei für ihn aus personalwirtschaftlichen Gründen und aus seiner Fürsorgepflicht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber selbstverständlich. Insofern könne er diesen Änderungsantrag nicht nachvollziehen.

Herr Hood zeigt sich ebenfalls erstaunt über den Änderungsantrag. Er fragt, woher die FDP-Fraktion die Sicherheit nehme, dass das Personal im Herbst nicht mehr benötigt werde. Seiner Meinung nach gehe es darum, für den Fall deutlich steigender Inzidenzen vorbereitet zu sein und adäquat mit der Situation umgehen zu können. Er empfinde die von der FDP vorgeschlagene Zahl von 35 Stellen als Populismus. Seine Fraktion werde den Änderungsantrag ablehnen.

Herr Sander erklärt, die AfD lehne den Änderungsantrag ab, da sie die dargestellten Prognosen der FDP nicht teile.

Herr Copertino erklärt, dass die CDU-Fraktion den Änderungsantrag ablehnen werde.

Zu den verschiedenen Äußerungen entgegnet Frau Wahl-Schwenker, dass selbstverständlich niemand wisse, wie hoch der Personalbedarf im Herbst sein werde. 35 Stellen seien aber schon die Sicherheitsreserve für eine Situation, die nach ihrer Einschätzung gar nicht eintreten werde.

Zunächst bittet Vorsitzende Frau Gorsler nun um Abstimmung über den Änderungsantrag (Drucksache 1899/2020-2025).

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt die Verwaltungsvorlage im Punkt a) wie folgt zu ändern:

„Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen:

a) der Verlängerung des überplanmäßigen Personaleinsatzes im Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt im Umfang von 35 vollzeitäquivalenten „Containment-Scouts“ bis 31.12.2021 zuzustimmen.“

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

-.-.-

Vorsitzende Frau Gorsler bittet nun um Abstimmung über die Beschlussvorlage der Verwaltung (Drucksache 1635/2020-2025).

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen,

a) der Verlängerung des überplanmäßigen Personaleinsatzes im Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt im Umfang von 70 Vollzeitäquivalenten „Containment-Scouts“ bis 31.12.2021 und

b) dem damit verbundenen überplanmäßigen Personalaufwand von insgesamt 787.500 Euro in der Produktgruppe 110108 Personalmanagement zuzustimmen. Die ungedeckten Mehraufwendungen führen zu einer entsprechenden Verschlechterung des Jahresergebnisses im Haushaltsjahr 2021.

- mit großer Mehrheit beschlossen. -

-.-.-

Zu Punkt 7.1.1 Bereitstellung von Mitteln für Personal (Änderungsantrag der FDP vom 15.06.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1899/2020-2025

Die Beratung und Abstimmung über den Änderungsantrag erfolgt unter dem Tagesordnungspunkt 7.1.

-.-.-

***Die Beratungen zu TOP 11 werden zeitlich vorgezogen.
Die Protokollierung erfolgt aus Gründen der Übersichtlichkeit unter dem jeweiligen Tagesordnungspunkt.***

-.-.-

Zu Punkt 8 Verbindliche Bedarfsplanung der Stadt Bielefeld für die stationären und teilstationären Pflegeplätze 2021 bis 2023

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1542/2020-2025

Anmerkung der Schriftführung:

Frau Gäbel war wie geplant online zugeschaltet. Allerdings war die Tonübertragung in den Ratssaal aus technischen Gründen nicht möglich. Daher konnte keine Berichterstattung erfolgen.

Herr Copertino und Herr Weber schlagen vor, der Verwaltung nach der Sitzung die offenen Fragen schriftlich einzureichen. Da die Beratung in 1. Lesung vereinbart worden sei, könnten die Fragen in der nächsten Sitzung zur 2. Lesung beantwortet werden. Die Anwesenden erklären sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

- 1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 9 Zwischenbericht des Arbeitsprozesses "Alter(n) gestalten" (2. Lesung)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1309/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler bedankt sich für den sehr guten Bericht. Da es sich hier um einen Zwischenbericht handele, gehe sie davon aus, dass der SGA zu gegebener Zeit über einen Abschlussbericht beraten werde.

Sollten zu diesem Zwischenbericht Fragen bestehen, bittet sie, diese ebenfalls im Nachgang zu Sitzung der Verwaltung schriftlich einzureichen.

- Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 10 Stadtteilzentren in Bielefeld

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Vogel als Berichterstatlerin.

Frau Vogel erläutert ausführlich anhand einer PowerPoint-Präsentation die Entwicklung der Stadtteilküche Sieker und des Stadtteilzentrums Oberlohmannshof (Anlage 4).

Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

Vorsitzende Frau Gorsler bedankt sich für die umfassende Berichterstattung.

-.-.-

Zu Punkt 10.1 Entwicklung von zielgruppenübergreifenden Stadtteilzentren, hier: Trägerschaft und Finanzierung der Stadtteilküche Sieker und des Stadtteilzentrums Oberlohmannshof

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1052/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler berichtet, dass der Integrationsrat folgende Änderung beschlossen habe: „Punkt 2 der Beschlussvorlage wird wie folgt ergänzt: *Bei der Besetzung werden Personen mit interkulturellen Kompetenz gezielt angesprochen.*“ Der Jugendhilfeausschuss sei dieser Empfehlung gefolgt.

Vorsitzende Frau Gorsler bittet um Abstimmung, dem Änderungsvorschlag des Integrationsrates zu folgen (Änderung in *kursiv*):

„Punkt 2 der Beschlussvorlage wird wie folgt ergänzt: *Bei der Besetzung werden Personen mit interkulturellen Kompetenz gezielt angesprochen.*“

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Vorsitzende Frau Gorsler bittet um Abstimmung über den Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung der beschlossenen Ergänzung.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden **abweichenden Beschluss** (Änderung in *kursiv*):

1. Das „Rahmenkonzept Stadtteilzentren“ und die Überlegungen der Verwaltung zu den Stadtteilzentren „Stadtteilküche Sieker“ und „Oberlohmannshof“ werden zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird gebeten, die Entwicklungsarbeit auf dieser Basis fortzusetzen.
2. Für die Leitung der Stadtteilküche Sieker wird beim SKF eine Stelle im Umfang von 0,75 VZÄ eingerichtet und über einen Leistungs- und Finanzierungsvertrag finanziert.
Bei der Besetzung werden Personen mit interkulturellen Kompetenzen angesprochen.
3. Die Finanzierung der Stelle erfolgt vom 01.11.2021 bis zum 31.12.2022 aus nicht benötigten Mitteln aus dem Integrationsbudget für Stadtteilarbeit.
Für diesen Zeitraum werden 82.000 € für Personal- und Sachkosten zur Verfügung gestellt.

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10.2 Neubau Stadtteilzentrum Oberlohmannshof **- Vorstellung der Planungen -**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1503/2020-2025

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden **Beschluss**:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt der Bezirksvertretung Jöllenbeck, die Planungen zum Neubau Stadtteilzentrum Oberlohmannshof zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11 Projekte der Wohnungslosenhilfe

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem TOP als Gäste Frau Knoke und Frau Trittin von Bethel.regional und Herrn Gooklani vom Amt für Soziale Leistungen -Sozialamt-.

Frau Knoke, Frau Trittin und Herr Gooklani stellen sich kurz vor und berichten dann zu den beiden Informationsvorlagen. Hauptziel aller Bemühungen sei, diesen hoch irritierbaren Menschen einen Zugang zum Regelhilfesystem oder eine Aufnahme in bedarfsgerechte Hilfen zu ermöglichen.

Herr Gugat spricht seinen Dank für den Bericht und die Arbeit aus, die für diese Personengruppe geleistet werde. Er fragt, ob sich durch die Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie das Vertrauen dieser Menschen dem System gegenüber verändert hätten. Frau Trittin berichtet, es sei gelungen, die Angebote mit den notwendigen Anpassungen und Veränderungen vollständig aufrecht zu erhalten. Dadurch hätten ihrer Wahrnehmung nach die Menschen die Wohnungslosenhilfe als verlässliche Anlaufstelle und Partner wahrgenommen.

Herr Gooklani ergänzt, dass bis jetzt ca. 50% der Wohnungslosen geimpft worden sei.

Herr Kollmeier bedankt sich für die sehr informativen Berichte. Er möchte wissen, ob es in der genannten Personengruppe Verschiebungen zum Beispiel hinsichtlich Alter oder Geschlecht gegeben habe. Frau Trittin antwortet, dass eine Veränderung in der Zusammensetzung der Personengruppe in Zusammenhang mit der Pandemie nicht feststellbar sei. Das habe damit zu tun, dass die Menschen, die akut von Wohnungslosigkeit bedroht seien, zunächst andere Angebote der Wohnungslosenhilfe in Anspruch nähmen. Die Angebote Ernst-Rein-Straße und Streetwork sprechen Menschen an, die schon einen längeren Zeitraum von Obdachlosigkeit betroffen seien.

Auch Frau Beier bedankt sich für die Berichte. Sie bittet um Erläuterung der dargestellten Nutzerzahlen für den Tagesaufenthalt. Frau Trittin erklärt, dass es sich bei den Nutzern vor der Schließung im April 2020 um einen anderen, deutlich größeren Personenkreis gehandelt habe, als nach der Wiedereröffnung 2020. Daher variierten die Zahlen stark.

Herr Hood fragt nach dem Verbleib der Sleep-in-Besucher aus dem EU-Ausland. Hinsichtlich des gewünschten Ausbaus des Netzwerkes Wohnungslosenhilfe möchte er wissen, welche konkreten Dinge besser werden müssten. Weiter fragt er, ob sich die Sicherheitssituation kritisch entwickelt habe. Insgesamt sehe er die Aufgabe der Politik, das Projekt Ernst-Rein-Straße weiterzuentwickeln und als Regelangebot zu verstetigen.

Zur Frage nach dem Verbleib der EU-Bürger im Sleep-in berichtet Frau Trittin, dass mit dem ersten Lockdown 2020 aufgrund der Einreisebeschränkungen zunächst deutlich weniger Menschen das Angebot in Anspruch genommen hätten, diese Zahl nun aber aufgrund der Öffnungen wieder steige.

Zur Frage des Netzwerkes erläutert Frau Knoke, dass bei den anderen Trägern dafür geworben werden müsse, Klient*innen aus der Ernst-Rein-Straße aufzunehmen. Es handele sich hier um einen sehr herausfordernden Personenkreis und ihr Wunsch sei, dass andere Anbieter dafür sensibilisiert würden, auch diese Menschen in das Regelhilfesystem zurückzuholen.

Die angesprochene Sicherheitslage habe sich nicht durch die Pandemie verschärft, sondern entstehe, wenn sich zu viele Personen mit starken Problemen gleichzeitig in den Einrichtungen aufhielten.

Herr Weber erinnert daran, dass man in der Vergangenheit gute Erfahrungen mit dem „Sesshaftenprogramm“ gemacht habe. Möglicherweise

könnte dieses auch für die genannte Klientel geeignet sein, um den Menschen perspektivisch aus der Wohnungslosigkeit heraus zu helfen. Darüber hinaus stimme er Herrn Hood zu, dass man darauf hinwirken müsse, das Projekt Ernst-Rein-Straße in ein dauerhaftes Regelangebot zu überführen. In einer der nächsten Sitzungen des SGA möge die Verwaltung hierzu einen Finanzierungsvorschlag vorlegen.

Frau Knoke weist darauf hin, dass die Vermittlung in Wohnraum nur eins der Angebote der Wohnungslosenhilfe sei. Nicht für jede Klientin und jeden Klienten sei eine eigene Wohnung eine realistische Perspektive.

Vorsitzende Frau Gorsler bedankt sich für die Informationen, die Berichte und die Beantwortung der Fragen.

-.-.-

Zu Punkt 11.1 Jahresbericht zum Projekt Ernst-Rein-Straße für wohnungslose Menschen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1788/2020-2025

Die Behandlung erfolgt unter TOP 11.

- Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 11.2 Jahresbericht zum Streetwork in der Wohnungslosenhilfe

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1791/2020-2025

Die Behandlung erfolgt unter TOP 11.

- Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 12 Open Sunday als Regelangebot für Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1291/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler zeigt sich sehr erfreut über dieses niederschwellige Sport- und Bewegungsangebot.

Herr Sander bestätigt die Notwendigkeit dieses Angebots. Unter Bezug auf Punkt 5 der Vorlage kritisiert er, dass es sich nicht um Corona-Schäden aufgrund der Krankheit, sondern um Lockdown-Schäden aufgrund der angeordneten Maßnahmen handele. Darüber hinaus fragt er,

warum man sich nicht für die deutsche Übersetzung des Namens für dieses Angebot entschieden habe.

Herr Kollmeier weist darauf hin, dass man das Konzept unterstützen müsse. Kinder bräuchten immer Bewegung, einen speziellen Grund dafür zu nennen, sei unwichtig. Seine Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Beigeordneter Herr Nürnberger entgegnet den Ausführungen von Herrn Sander, dass der Lockdown als Folge der Corona-Pandemie angeordnet worden sei und es sich damit am Ende um Corona-Schäden handle. Die Bezeichnung „Open Sunday“ habe sich als internationale Marke für diese Veranstaltungsform etabliert. Er sei auch dafür, die deutsche Sprache zu pflegen, aber spreche sich auch für die Pflege gut eingeführter Marken aus. Insofern sehe er keine Veranlassung für die Übersetzung in eine deutsche Bezeichnung.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

- 1. Das Konzept der Open Sundays soll in allen Bielefelder Stadtbezirken angeboten werden.**
- 2. Für die Koordination, Organisation und Umsetzung sind jährlich 150.000 € notwendig. Dieser Betrag wird für das Jahr 2022 im Haushalt bereitgestellt und in der Finanzplanung 2023 ff. fortgeschrieben.**
- 3. Für das Jahr 2021 werden 80.000 € bereitgestellt. Davon entfallen ca. 40.000 € für den Open Sunday als Open Air-Veranstaltung. Der Gesamtbetrag von 80.000 € wird aus Mitteln des Integrationsbudgets erbracht. Dem Einsatz einer überplanmäßigen 0,5 VZÄ-Stelle im Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention in 2021 wird zugestimmt. Der damit verbundene überplanmäßige Personalaufwand von rd. 10.000 € wird mit Deckung aus EU-Fördermitteln oder bei (fehlender Fördermöglichkeit) aus dem Integrationsbudget nachbewilligt.**
- 4. Das Sozialdezernat wird beauftragt, einen Antrag auf sog. EU-React-Mittel im Rahmen des Förderprogramms „Zusammen im Quartier“ beim Land zu stellen. Bei einer Förderzusage könnten 1,5 Personalstellen zur Koordinierung der Open Sundays finanziert werden. Diese werden mit einer 0,5 Stelle im Büro für Integrierte Sozialplanung und mit 1,0 Stellen beim Stadtsportbund / Sportjugend Bielefeld als Dachorganisation der Sportvereine angedockt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13 **Ergebnis der Wahl zum Beirat für Behindertenfragen für die
Wahlperiode 2020 - 2025**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1411/2020-2025

Ergänzend zur Vorlage berichtet Vorsitzende Frau Gorsler, dass Herr Dr. Andreas Bruder zum Vorsitzenden des Beirates für Behindertenfragen gewählt worden sei.

- Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis. -

Zu Punkt 14 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Es wird kein Bericht gegeben.

Vorsitzende Frau Gorsler stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Gez. _____
Sylvia Gorsler
Vorsitzende

Gez. _____
Rita Mülöt
Schriftführung